

# Nein!

## Wir zahlen nicht«

Schon 19 Bundestagsabgeordnete aus den Regierungsfractionen wollen einem dauerhaften Euro-Rettungsschirm nicht zustimmen. Viele schwanken noch. Die Kanzlermehrheit wackelt

**J**ean-Claude Juncker hat ein dunkles Credo: „Nichts sollte in der Öffentlichkeit geschehen. Wir sollten in der Euro-Gruppe im Geheimen diskutieren.“ Zum Wohle des Euros macht einer seiner obersten Hüter gern mal das Licht aus: „Die Dinge müssen geheim und im Dunkeln getan werden“, verriet der Chef der Euro-Gruppe über die Euro-Krise einem verblüfften Brüsseler Publikum unlängst bei einer Preisverleihung. Und scheute auch nicht vor dem Bekenntnis zurück: „Wenn es ernst wird, müssen wir lügen.“

Ob es um einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone oder eine als Ultima Ratio (letztes Mittel) gewährte Finanzspritze für ein Krisenland geht: Selbst Abgeordnete der schwarz-gelben Regierungskoalition wissen nicht mehr, was sie glauben sollen. Sie fühlen sich zunehmend verschaukelt von einer europäischen Finanzpolitik, die ihnen für angeblich alternativlose Rettungsschirme immer größere Summen bei immer weniger Mitsprache abpressen will. In den Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP formiert sich massiver Widerstand gegen die feste EU-Zusage von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU), den bisherigen Rettungsschirm über 2013 hinaus dauerhaft zu installieren.

**Ernsthaft gefährdet** ist nicht nur die – zumindest symbolisch – wichtige Kanzlermehrheit von 311 Stimmen, die Union und FDP mit 331 Sitzen bislang sicher abpuffern können. Merkel und Schäuble müssen sogar bangen, ob sie ihre Hilfspläne für überschuldete Euro-Länder überhaupt noch durchs Parlament bekommen.

Die Wortführer des Protests, der erfahrene CDU-Haushaltspolitiker Klaus-Peter Willsch und der FDP-Finanzexperte Frank Schäffler, dringen mit ihren Argumenten gegen den auf EU-Ebene bereits vereinbarten ständigen Rettungsschirm ESM immer stärker durch. „Für den ESM in dieser Form darf es im Deutschen Bundestag keine Mehrheit geben“, sagt Willsch. „Das ist ganz klar mein Ziel.“ Andere formulieren etwas vorsichtiger. Aber immer mehr Abgeordnete aus dem Regierungslager machen deutlich, dass sie mit „Nein“ stimmen wollen, wenn Merkel und Schäuble das Gesetz zum ESM im Bundestag einbringen werden.

Der Widerstand in den eigenen Reihen hat sich in der dreiwöchigen Osterpause nur still aufgebaut. Wie stark die Front gegen die Übertragung enormer finanzieller Risiken und politischer Entscheidungsbefugnisse auf Brüssel tatsächlich ist, dürfte sich schon diese Sitzungswoche zeigen. Bundesfinanzminister Schäuble will die Finanz- und Haushaltsexperten der Regierungsfraktionen gleich am Montag auf seinen Kurs einschwören. Am Abend – fast zeitgleich – referiert aber auch der bekannte Euro-Hilfen-Kritiker und Chef des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, an der Berliner Humboldt-Universität.

Zu dem Vortrag mit dem Titel „Warum Deutschland ein Schulden-Tsunami droht“ haben sich bereits Dutzende Abgeordnete angemeldet. Am Dienstagabend ist Sinn außerdem von der Gruppe der 2009 erstmals in den Bundestag eingerückten CDU/CSU-Abgeordneten eingeladen, seine Bedenken vor der Gesamtfraktion und den FDP-Youngstern vorzutragen. Der Sprecher der 71 Unions-Neulinge, Andreas Matfeldt, unterstützt allerdings den Kurs von Merkel und Schäuble: „Eine überzeugendere Alternativlösung hat mir noch keiner präsentiert. Ich fühle mich jedoch verpflichtet, mich mit anderen Sichtweisen auseinanderzusetzen.“

**Richtig spannend** wird es am kommenden Wochenende: Dann stimmt der FDP-Parteitag unter anderem über einen Antrag gegen den ständigen „Euro-Rettungsschirm“ ab, den der im Bundestag sitzende Finanzexperte Frank Schäffler initiiert hat. Schäffler hatte schon im Frühjahr des vergangenen Jahres gegen die Griechenland-Hilfen votiert und deshalb in der Folge sein Amt als Obmann der FDP-Fraktion im Finanzausschuss verloren. Inzwischen aber unterstützen insgesamt 14 liberale Bundestagsabgeordnete seinen Antrag. Zuletzt gesellte sich der für Haushaltspolitik verantwortliche Fraktionsvize Jürgen Koppelin dazu.

Schützenhilfe bekommen die Rebellen, die sich bisweilen dem Vorwurf des Rechtspopulismus ausgesetzt sehen, von einem der prominentesten Vertreter des linksliberalen Flügels: dem Innenexperten und früheren Bundestagsvizepräsidenten Burkhard Hirsch.

Wie schwer es mittlerweile ist, gegen Schäfflers wachsende Truppe Mehrheiten zu organisieren, erlebte vergangene Woche der in diesem Handwerk besonders versierte Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Jörg van Essen. Sein eigener Bezirksverband Westfalen-Süd stimmte für den Schäffler-Antrag. Auch der zweitgrößte NRW-Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe und der Landesverband Hamburg unterstützen offiziell das Papier mit klarer Erwartung an die eigene

Bundestagsfraktion. „Aus allen Richtungen der Partei, vor allem aber von möglichen Wählern erreichen mich Anrufe und Ermunterungen“, freut sich Schäffler.

Bei CDU und CSU haben sich bereits fünf Abgeordnete klar gegen den ab 2013 geplanten Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) positioniert. Mindestens drei Dutzend weitere Koalitionsabgeordnete – so schätzen Insider – schwanken zurzeit zwischen Ablehnung und Enthaltung.

Denn während die Abgeordneten bei den bisherigen Griechenland-Hilfen und beim vorläufigen Euro-Rettungsschirm „nur“ zeitlich befristet Garantien für Kredite ausreichen mussten, geht es jetzt ans Eingemachte: So sollen die Parlamentarier für den ESM 22 Milliarden Euro an Bareinlage aus dem Bundeshaushalt locker machen – zahlbar in fünf Jahresraten ab 2013. Der Betrag für Brüssel lässt sich wohl aus dem Mehraufkommen finanzieren, das die gute Konjunktur den öffentlichen Haushalten zusätzlich in die Kasse spült. Mit dem Gegenwert könnte die Koalition zu Hause in Berlin aber auch bequem die versprochene Steuerentlastung für mittlere Einkommen finanzieren, was der Diskussion in den nächsten Monaten zusätzliche Brisanz geben dürfte.

**Noch schwerer wiegt**, dass der Bundestag insgesamt 170 Milliarden Euro für Kredite an Krisenländer verbürgen soll. Das sind gut zwei Drittel der Steuereinnahmen eines ganzen Jahres.

Wann aus dem ESM welches Geld wohin abfließt, entscheiden danach nicht mehr die deutschen Parlamentarier, sondern allein die Finanzminister der Euro-Länder. „Wir halten das für inakzeptabel“, sagt Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms. „Einen Blankoscheck für die Bundesregierung kann es nicht geben.“

Der FDP-Finanzpapst gehört zu den Abgeordneten, die die wacklige Mehrheit endgültig zum Kippen bringen könnten. So wie der CSU-Europaexperte Thomas Silberhorn, der davon ausgeht, dass Merkel und Schäuble in Brüssel weiter verhandeln. „Die Schlussfolgerungen der Staats- und Regierungschefs können nicht das letzte Wort sein“, sagt der Jurist. „Wir können nicht erkennen, dass das Fass einen Boden hat.“

Bundestagsvizepräsident Solms hat bei den Griechenland-Hilfen vor einem Jahr am Ende mit Ja gestimmt. In einer persönlichen Erklärung gab er aber seine Bedenken zu Protokoll und warnte vor Dauersubventionen an überschuldete

Staaten. Deshalb enthielt er sich beim aktuellen Rettungsschirm für die gesamte Euro-Zone der Stimme. Nun könnte er sogar klar mit Nein votieren. CDU-Frau Veronika Bellmann, die bei den beiden vorausgegangenen Euro-Abstimmungen wie Solms votiert hat, ist schon entschlossen: „Wenn wir als Parlament nicht über jede Ausgabe mitentscheiden können, stimme ich dem ESM nicht zu. Ich bedaure zutiefst, dass ich die Griechenland-Hilfen noch unterstützt habe.“

Bellmann und ihr Wahlkreisnachbar Manfred Kolbe sind aus Sachsen, das neben Bayern zu den deutschen Musterländern in Fragen solider Finanzpolitik zählt, wiederholt direkt in den Bundestag gewählt worden. „Das Thema beschäftigt unsere Anhänger sehr“, sagt Kolbe. „Dass ausgerechnet die CDU da mitmacht, können viele nicht verstehen.“

Der frühere Justizminister Sachsens stimmte schon gegen die Griechenland-Hilfen. Er legt aber wie die meisten Abweichler Wert darauf, ein begeisterter Europäer zu sein. Kolbe ist in Italien aufgewachsen. Fraktionskollege Alexander Funk, der ebenfalls sogenannte Rettungsschirme kategorisch ablehnt, ist als Saarländer an der Grenze zu Frankreich und Luxemburg groß geworden. Er hält den Kurs der Bundesregierung zur Stabilisierung des Euro aber für absurd: „Während wir jeden Tag lesen, wie sich das Desaster in Griechenland verschärft und die Schuldenkrise Portugal schon fast unregierbar gemacht hat, heißt es einfach: weiter so!“ Funks Wunsch ist, dass der Bundestag den ESM mehrheitlich ablehnt: „Ich hoffe, dass auch andere über ihren Schatten springen. Es ist noch nicht zu spät.“

**Die Abweichler, die sich gegen Merkel und Schäuble stellen**, können sich auf geballten Sachverstand stützen: Der Bundesrechnungshof, der wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministerium und ein Plenum von 190 Top-Ökonomen der Republik haben massive Bedenken formuliert. Besonders gnadenlos fällt eine zwölfseitige Analyse des Centrums für Europäische Politik (CEP) aus. Danach kann die Aussicht auf ESM-Hilfen sogar dazu führen, dass Staaten notwendige Einsparungen verschleppen.

Die deutschen Rettungsschirm-Kritiker setzen auch darauf, dass das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Rettungsschirme zuklappt. Euro-Rebell Peter Gauweiler (CSU) hat Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) bereits eine Analyse geschickt, in der er auf sechs Seiten Verstöße der Bundesregierung gegen die „Beteiligungsrechte des Bundestags“ auflistet. Allerdings sind Hoffnungen auf ein Veto aus Karlsruhe nur vage. Dort

scheiterten bislang schon einige Schriftsätze an der Zulässigkeit.

Selbst die Frage, mit welcher Mehrheit der Bundestag den Beitritt Deutschlands zum ESM beschließen muss, ist umstritten. Nach Ansicht des Göttinger Staatsrechtlers Frank Schorkopf „geht es um Summen, die eine Nation sonst nur im Krieg aufzubringen hat“. Angesichts der finanziellen Dimension und des Eingriffs in die staatliche Struktur „braucht es für die Entscheidung im Bundestag eine verfassungsändernde Mehrheit“, sagt der frühere wissenschaftliche Mitarbeiter des für die Griechenland-Klage zuständigen Verfassungsrichters Udo Di Fabio. Bundestagsjuristen halten dagegen anstelle der Zweidrittelmehrheit auch eine einfache Mehrheit für ausreichend.

**So oder so: Die Rebellen Willsch und Schäffler wittern Morgenluft.** Sie haben die Argumente gegen einen dauerhaften Rettungsfonds in einer gemeinsamen Erklärung zusammengefasst. Darin präsentieren sie einen prominenten Kronzeugen: Angela Merkel. Die Kanzlerin hatte nämlich in ihrer Regierungserklärung Ende Oktober 2010 erklärt, der Rettungsschirm taue nicht als langfristiges Instrument. „Er fördert die Erwartungshaltung, dass Deutschland und andere Mitgliedsstaaten und damit auch die Steuerzahler dieser Länder im Krisenfall schon irgendwie einspringen und das Risiko der Anleger übernehmen können.“

Das glauben Kritiker wie Willsch, Kolbe oder Schäffler immer noch und finden in den eigenen Reihen neue Anhänger: „Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Staaten zusätzliche Verschuldungsmöglichkeiten auch ausnutzen“, warnt Willsch. „Wir brauchen klare Sanktionen. Sonst ertrinken wir in Schulden.“

So habe der Euro-Stabilitätspakt von Maastricht eigentlich ausgeglichene Staatshaushalte vorgesehen und nur in Ausnahmefällen eine Neuverschuldung von bis zu drei Prozent der Wirtschaftsleistung erlaubt. „Diese drei Prozent galten dann plötzlich als Normwert, von dem man auch mal nach oben abweichen darf“, warnt Willsch. „Hohe Zinsen und die Mithaftung der Gläubiger bei Zahlungsausfall sind das einzig wirksame Mittel gegen Verschuldung. Das dürfen wir nicht außer Kraft setzen.“

Als Haushaltspolitiker ist Willsch gewohnt, sich auch unbeliebt zu machen. Für seinen Kurs in der Frage der angeblichen Rettungsmilliarden erfährt er allerdings nach eigenen Angaben bei den Bürgern „zu 95 Prozent Zustimmung“.

Bislang sind einige der düsteren Prognosen von Willsch und Schäffler eingetroffen: Nach Griechenland brauchten auch Irland und Portugal Finanzhilfen. Spekulationen um einen zeitweisen Austritt der Krisenländer aus der Euro-Zone,

den die Rebellen der Koalition durchaus begrüßen würden, reißen nicht ab. Schon 2012 drohen neue Finanzlöcher. „Eine Umschuldung Griechenlands ist unausweichlich. Es reicht jedoch nicht“, warnt Schäffler. „Wenn Griechenland den Austritt will, dann ist es die autonome Entscheidung Griechenlands, die wir positiv unterstützen sollten.“

Die nächsten Wochen – so haben die Seismografen für die Stimmung in der Fraktion der Kanzlerin und ihrem Finanzminister bereits signalisiert – dürften kaum ausreichen, eine sichere Mehrheit für den Europäischen Stabilisierungsmechanismus zu organisieren. Trotz offiziell anderslautender Beteuerungen halten Merkel und Schäuble größere Nachverhandlungen mit den anderen Euro-Mitgliedsstaaten nicht mehr für möglich. Sie spielen deshalb wie beim Schuldenesaster in der Euro-Zone auch bei der Eindämmung der sich abzeichnenden Regierungskrise erst mal auf Zeit. Das umstrittene Gesetzespaket zum ESM soll nun nicht mehr – wie ursprünglich geplant – vor der Sommerpause, sondern frühestens im Herbst durch den Bundestag bugsiert werden.

FRANK THEWES /  
HANS-JÜRGEN MORITZ /  
KATRIN VAN RANDENBORGH /  
HARTMUT KISTENFEGER

## Das Quartett der Skeptiker

Zwei stimmen auf keinen Fall zu, zwei hoffen noch auf Nachbesserungen.

### **Frank Schäffler, FDP**

Der **FDP-Finanzrebell** votierte schon gegen die Griechenland-Hilfen und riskierte bewusst seine noch kurze Politikkarriere. Nun hat der Gründer des „**Liberalen Aufbruchs**“ gute Chancen, für sein Veto beim FDP-Parteitag eine Mehrheit zu bekommen.

### **Hermann Otto Solms, FDP**

Bei den Griechenland-Hilfen stimmte er noch zähneknirschend zu. Beim vorläufigen Rettungsschirm enthielt er sich im Mai 2010 der Stimme. Wenn der **FDP-Finanzpapst** jetzt den ESM ablehnt, dürften ihm in seiner Fraktion viele folgen.

### **Klaus-Peter Willsch, CDU**

Konsequent mit Nein hat der angesehene Unions-Obmann im Haushaltsausschuss und studierte Volkswirt bei allen „Rettungsprogrammen“ abgestimmt. Der Vater von fünf Kindern gilt als **radikaler Kämpfer** gegen ausufernde Staatsschulden.

### **Thomas Silberhorn, CSU**

Den europapolitischen Sprecher der CSU-Landesgruppe schätzen viele als **brillanten Juristen**. Er hat massive verfassungsrechtliche Bedenken gegen die aktuellen Euro-Pläne und dringt bei Bundesfinanzminister Schäuble auf Nachbesserungen.